



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/V/177

2. August 1950

Hinweise auf den Inhalt:

Der einzige Weg	S.1
Brasilien zwischen Demokratie und Diktatur Bericht aus Südamerika	S.3
Der Parteivorstand des neuen Typus'	S.5
Volk ans US-Gewehr	S.6
Tariffkündigungen in Watenstedt-Salzgitter	S.7

Der einzige Weg

P.R. Das Bewußtsein drohender Gefahr bei weitgehender Ohnmacht, ihr wirksam zu begegnen, ist im persönlichen wie politischem Bereich eine höchst unangenehme Sache. Sie wird nicht viel besser, wenn man glauben kann, die Gefahr sei nur latent und nicht akut. Dafür ist es um so wichtiger, ihre Größe auf das richtige Maß zurückzuführen und dem Bemühen zu widerstehen, sich die Nerven durch suggestive Parolen krank machen zu lassen. Es besteht bei nüchterner Überlegung kein Grund anzunehmen, die Sowjets würden ihr eigenes System aufs Spiel setzen, solange sie nicht mit maximaler Gewißheit von ihrem Sieg in einem dritten Weltkrieg überzeugt sein können. Auch ihre bisherigen Erfolge in Korea haben ihnen natürlich diese Gewißheit nicht geben können.

Kein vernünftiger Mensch in Deutschland will einer notwendigen politischen Entscheidung aus dem Wege gehen. Trotzdem ist das Problem, vor das man sich hier gestellt sieht, nicht nach der Schwarz-Weiß-Methode zu lösen. Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung ganz Deutschlands hat sich einwandfrei für Lebensform, Lebensinhalt und Lebensziel der freiheitlichen Demokratie entschieden - im Westen offen, im Osten geheim, wenn auch, wie sich aus unzähligen Anzeichen ergibt, unmaßverständig. Aber in der gegenwärtigen Situation der erzwungenen Teilung Deutschlands in zwei Hälften, deren jede einer der beiden

feindlichen Machtsphären angehört, lassen sich aus dieser Option für den Westen nicht so ganz einfache und klare Schlussfolgerungen ziehen.

Gewarnt werden muß zunächst vor allem vor jeder militärischen oder pseudomilitärischen Spielerei. Sie könnte nur zu leicht den Sowjets einen Vorwand für eine bewaffnete Intervention geben - zumindest sollte man solchen Vorwand auch dann nicht schaffen, wenn man davon ausgeht, dass es den Sowjets an Anlässen nie fehlen würde, wenn sie einen brauchen. Jeder deutsche Versuch, mit unzureichenden Mitteln sich militärisch einzuschalten, würde für den strategischen Ablauf belanglos sein, gleichzeitig aber für die deutsche Bevölkerung eine geradezu tödliche Gefahr bedeuten. Man könnte die Deutschen höchstens dann zum Waffentragen veranlassen, wenn ein solcher Kampf den Sinn einer aussichtsreichen Verteidigung des ganzen Vaterlandes hätte. Es lässt sich im Augenblick nicht erkennen, wie das unter den gegenwärtigen Umständen möglich sein könnte. Das Risiko ist allzu gross, dass den Deutschen die Aufgabe zufiele, einen Rückzug der westlichen Alliierten zu decken mit allen seinen un-absehbaren Konsequenzen für das Land. Ein anderer sehr bedenklicher Punkt wäre die Frage nach den möglichen innerpolitischen Konsequenzen, die hier nur angedeutet werden sollen.

Was aber möglich und auch notwendig erscheint, ist eine Verstärkung der staatlichen Mittel zur Bekämpfung von Sabotageaktionen, gegen die Infiltration von Agenten und Waffen nach Westdeutschland, zur Abwehr von Terrormaßnahmen jeder Art und ähnliche Dinge mehr. Gegen einen Ausbau der Landespolizei zu diesem Zweck wäre nichts einzuwenden, wenn damit die Sicherheit einer wirklich vernünftigen Verwendung und eines demokratischen Notwendigkeiten entsprechenden Einsatzes dieser Machtmittel gegeben werden.

Das aber sind alles dritt- und viertrangige Maßnahmen im Vergleich zu einem anderen grundlegenden politischen Erfordernis. Es besteht darin, dass man versuchen muss, den Sowjets die Eroberung Westdeutschlands zu einer politisch nicht lohnenden, kostspieligen und gefährlichen Sache zu machen. Das wird überall dort der Fall sein, wo das sowjetische System im Vergleich zu dem im eigenen Lande als das empfunden wird, was es ist, als eine das Individuum mitleidlos mißachtende Despotie von extremer moralischer Verkommenheit ihrer Träger und einem wahren Elendsniveau in der Lebenshaltung ihrer Erdulder. Diesen Effekt kann man auf die Dauer aber nur durch eine Politik weit grösserer sozialer Gerechtigkeit erzielen, als man sie heute in Deutschland erlebt. Warum waren China

und Korea unfähig zum Widerstand? Weil sie durch eine fast zur Staatseinrichtung gewordene Korruption ausgepowert und moralisch zermürbt waren. Die Frage der sozialen Situation eines Landes ist entscheidend für die Entwicklung der kommunistischen Chance in ihm.

Heute ist der Westen dem Osten in dieser Hinsicht noch erheblich überlegen. Aber jede unsoziale Maßnahme, jeder Schritt, der im Endeffekt die Arbeitslosigkeit erhöht, der das soziale Gefälle zu Ungunsten des Westens verringert, vergrößert die objektive Chance für den Kommunismus. Hier liegt die Hauptverantwortung der westdeutschen Regierung und der hinter ihr stehenden Kreise. Befolgt man dieses Rezept, dann würde man endlich auch aufhören, an Symptomen herumzudoktern, dann erst würde man zum Kern des Problems vorstoßen und mit dem eigentlichen Gesundungsprozess an dem wegen schwerster sozialer Mangelerscheinungen äusserst gefährdeten und anfälligen Volkskörper der Deutschen Bundesrepublik beginnen.

Nur wenn man sich um diesen Beitrag allen Ernstes bemüht, wird das Bewußtsein der Bedrohung und das der Ohnmacht, von dem oben die Rede war, nachlassen. Noch immer hat sich der Kommunismus als unfähig erwiesen, dort Fuss zu fassen und sich durchzusetzen, wo sich ihm keine oder eben unzureichende soziale Angriffsflächen boten. Das ganze ist kein Patentrezept zur Abwehr von akuten Gefahren. Das gibt es nicht. Aber es ist auf lange Sicht der einzige Weg, der Moskauer Gefahr erfolgreich zu widerstehen.

- - -

Brasilien zwischen Demokratie und Diktatur

Von einem Heimkehrer aus Südamerika

Am 3. Oktober findet in Brasilien die Wahl des Staatspräsidenten statt. In dieser Wahl wird darüber entschieden werden, ob Brasilien weiter demokratisch-parlamentarisch bleiben soll oder die Zahl der "Führerstaaten" in Südamerika um einen, und den größten des Kontinentes vermehrt werden wird.

Drei Kandidaten stellen sich zur Wahl, nur einer bietet eine Garantie für die Fortsetzung des parlamentarischen Kurses, der Kandidat der Regierungspartei, Christiano Machado. Er nennt sich "Socialdemokrat" und wenn auch die brasilianische Partei "Socialdemocrata" nicht marxistisch ist und keine Verbindung zu den europäischen sozialistischen Parteien unterhält, so muss doch alle Sympathie diesem Kandidaten gelten,

denn er kämpft dafür, das parlamentarische Regime des jetzigen Präsidenten aufrechtzuerhalten und fortzuentwickeln. Nur mit grossem Vorbehalt kann das Gleiche von dem Kandidaten der "Union democratica nacional", Eduardo Gomez, gesagt werden. Eduardo Gomez selbst ist zwar Anhänger des demokratisch-parlamentarischen Regimes, aber diese Union ist eine Vereinigung zwischen sehr verschiedenen politischen Gruppen, die fast nur die Gegnerschaft zu dem dritten Kandidaten und die Erinnerung an seine früheren Gewaltherrschaften zusammenhält.

Dieser dritte und leider aussichtsreichste Kandidat ist der frühere Diktator und Präsident Getulio Vargas. Zwei Partei-Gruppierungen, die "Arbeiterpartei, Partido Laborista" und die "Fortschrittspartei, Partido Social-Progressista" haben ihn als Kandidaten aufgestellt. Vargas hat zweimal in seiner früheren politischen Laufbahn als Präsident sich zum Diktator gemacht und mit Recht ist die Frage aufgeworfen worden, ob dieser ausgesprochene Faschist überhaupt kandidieren dürfe. Es gibt gesetzliche Bestimmungen, die ermöglichen würden, seine Kandidatur zu streichen. Aber die Anhängerschaft von Getulio ist so gross und neigt so sehr zu Gewalttätigkeiten, dass man es vorzieht, sie nicht anzuwenden, um nicht noch vor der Wahl einen Bürgerkrieg zu entfesseln.

Die grosse Frage jedoch ist, ob Getulio Vargas eine gegen ihn ausfallende Wahlentscheidung hinnehmen würde. Dieser Mann, der vor dem Weltkrieg sich von den deutschen Nationalsozialisten beraten liess und in seiner Diktatur nationalsozialistische Organisationsmethoden in seinen "Grünhemden" und in seiner mit aller südamerikanischen Grausamkeit vorgehenden Geheimpolizei nachahmte, verstand es im Weltkrieg, sich den Alliierten dadurch zu empfehlen, dass er seine Nazipolizeimethoden plötzlich gegen dieselben Leute anwandte, die ihm zugejubelt hatten: das Deutschtum in Brasilien. Jahrelang hatten die aus Deutschland geschickten "Schulungsleiter" den Deutschbrasilianern erklärt, dass Vargas "unser Mann" sei, der Vorkämpfer des Nazismus in Südamerika. Als dann Vargas es für opportun hielt, Brasilien auf Seiten der Alliierten in den Krieg eintreten zu lassen, liess er seine Polizei und seine Grünhemden zur rücksichtslosesten Bekämpfung des Deutschtums marschieren: der Gebrauch der deutschen Sprache in den Schulen und auf der Strasse wurde verboten, Negerpolizei in die deutschen Kolonistendörfer gelogt, die sich Vergewaltigungen und andere Schandtaten leisteten, deutsche Kolonisten von ihrem Land getrieben, das ihnen frühere Regierungen gegeben hatten und so fort.

Gewiss kann man sagen, dass es dem nationalsozialistischen Teil

des Deutschtums in Brasilien ganz gesund war, einmal nationalsozialistische Methoden am eigenen Leibe zu erfahren. Aber die Folgen eines Überganges dieses grössten Staates in Südamerika in das faschistische Lager wären zu verheerend für die demokratische Entwicklung der Welt, als dass man eine Wiederholung der Diktatur Vargas unbeteiligt mit ansehen könnte.

P.H.H.

- - -

Der Parteivorstand des neuen Typus'

sp. So nebenbei wurden auf dem dritten Parteitag der SED alle organisatorischen Zugeständnisse wieder beseitigt, die 1946 an sozialdemokratische Tradition gemacht werden mussten. In der Parteitagsentschliessung heisst es dazu, dass die vom Vereinigungsparteitag beschlossenen "Grundsätze und Ziele" und das Organisationsstatut praktisch überholt seien und dass sich die Abschaffung der paritätisch zusammengesetzten Leitungen bewährt habe. Statt dessen soll innerhalb kürzester Frist die weitere Bolschewisierung der SED durchgeführt werden.

Zunächst sicherte sich Ulbricht, der neu ernannte Generalsekretär der SED, eine zuverlässige Mehrheit im neuen Parteivorstand, der - kommunistischer Tradition entsprechend - in Zentralkomitee umbenannt wurde. 30 bisherige Mitglieder des SED-Parteivorstandes sind im neuen ZK nicht wieder vertreten. Ostzonen-Industrieminister Selbmann (Dresden), Ministerpräsident Eggerath (Thüringen) und SED-Landesvorsitzender Bernhard Koenen (Halle) mussten sich von Pieck sagen lassen, dass sie "selbstgefällig und überheblich an ihre eigene Unfehlbarkeit glauben"; sich von der SED und den Massen entfernten und für Schmeicheleien einer kriecherischen Umgebung empfänglich sind. Koenen musste noch zusätzlich den Vorwurf der "abgestumpften Wachsamkeit" einstecken. Je fünf bisherige Mitglieder des SED-Parteivorstandes aus Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen bürsteten ihre Vorstandssessel nebst Sonderverpflegung und Zigarettenzuteilung ein. Bernhard Koenen, der "blecherne Heiland" von Halle, wurde zwar noch einmal in das ZK gewählt, nachdem er unter dem Beifall des Parteitages das Versprechen abgegeben hatte, "entsprechend der Erwartung des Genossen Wilhelm Pieck" dessen Kritik künftig Rechnung zu tragen.

Prüft man die Liste der in Ungnade gefallenen früheren Mitglieder des SED-Parteivorstandes, dann findet man neben dem inhaftierten Bruno Böttge (Sachsen-Anhalt) von früheren Sozialdemokraten vor allem den ehemaligen sächsischen Ministerpräsidenten Max Seydewitz. Auch für

August Karsten (früher Peine), dem man die verlotterten Mustergüter des Landes Brandenburg anvertraute, war kein Platz mehr im ZK. Es folgt eine Reihe von unbequemen früheren KP-Funktionären. Emri Damerius, als Frau von Wilhelm Koenen (Sachsen) einst eine leuchtende Grösse, fiel in Ungnade. Auffallend ist, dass auch Walter Beling, langjährige rechte Hand des SED-Kaderchefs Franz Dahlem, nicht mehr zu den Zuverlässigen gerechnet wird. Auch um "Professor" Gerhart Eissler, den Leiter des ostzonalen Propagandaministeriums, scheint es zu kriseln. Er wurde nach seiner dramatischen Rückkehr aus USA-Haft feierlich in den Parteivorstand kooptiert, aber unter den wiedergewählten Mitgliedern oder Kandidaten des ZK sucht man seinen Namen vergeblich. Schliesslich sorgte der Parteipapst Fred Oelssner dafür, dass der schriftstellernde Heinrich Hoffmann (Thüringen) wegen seiner unstalinistischen Auffassung auf der Strecke blieb.

Den gewichtigsten Mann nennen wir zum Schluß: Paul Merker, bisher Mitglied des Politbüros, Leiter der Gewerkschafts-, Wirtschafts- und Agrarpolitik im Sekretariat des Parteivorstandes der SED, neuerdings auch Staatssekretär im ostzonalen Landwirtschaftsministerium, ist im neuen ZK nicht wieder vertreten. Merker, der in den Parteikämpfen vor 1933 wiederholt schief lag, war gewitzigt genug, über Frankreich nach Mexiko zu emigrieren. Dort schrieb er Bücher, in denen Fred Oelssner später manche Abweichung feststellte. Sollten die Carepakete, mit denen Merker in den Hungerjahren sein Körpergewicht erfolgreich über der Zwei-Zentner-Grenze hielt, seine "Wachsamkeit" abgestumpft haben? Oder bewahrheitet sich das Gerücht, dass er hinter seinem Emigrationsgenossen Erich Jungmann herreisen wird, den Ulbricht wegen erwiesener Unfähigkeit zu Max Reimann nach Frankfurt schickte?

Als rückgratlose Konzessionsschulzen dürfen Grotewohl, Fechner, Lehmann und Ebert vorläufig noch das ZK der SED verzieren. Der Eselstritt für alle anderen früheren Sozialdemokraten und KP-"Versöhner" aber deutet an, wie sich die angekündigte neue Reinigungswelle im Apparat der SED praktisch auswirken wird.

- - -

Volk ans US-Gewehr!

sp. Das Problem der deutschen Wiederaufrüstung hat der amerikanische Leiter der deutschen Arbeitskompanie (Labour Service Company) von Ansbach aus eigener Machtvollkommenheit gelöst. Er hat angeordnet,

dass die 220 ihm zur Arbeit unterstellten Deutschen am Karabiner ausgebildet worden. Ein Drittel der Männer erklärte sich einverstanden, zwei Drittel etwa lehnten ab. Als fristlose Entlassung angedroht wurde, schmolz das Häuflein der Karabiner-Feinde auf etwa 35 Mann zusammen, denn wer geht schon heutzutage gern stempeln. Die standhaften 35 Mann wurden sofort entlassen, nicht ohne dass ihnen vorher bewiesen wurde, was es heisst, wenn man das Wohlwollen eines US-Sergeants verliert. Schriftlicher Entlassungsgrund: "Zum Wohle der Kompanie".

Wir wissen zur Zeit noch nicht, ob sich in Ansbach an dieser Situation inzwischen etwas geändert hat; vielleicht hat bereits eine höhere US-Dienststelle eingegriffen und die deutschen Arbeiter wieder entwaffnet. Denn wir kennen ein Kontrollrats-Gesetz, das den Deutschen das Tragen von Waffen verbietet, es ist uns auch nichts bekannt, dass dieses Gesetz aufgehoben worden wäre. Wir wissen ferner, dass Vizekanzler Blücher als geschäftsführender Bundeskanzler kürzlich strikt jede deutsche Wiederaufrüstung, auch in der getarnten Form eines Eintritts von Deutschen in Formationen der Besatzungstruppen, abgelehnt hat. Die 35 standhaften Männer von Ansbach haben sich lediglich an eine Kontrollratsbestimmung und an die Worte ihrer Bundesregierung gehalten; sie deshalb zu entlassen, ist ein Akt der Willkür, von dem wir gern hören möchten, dass er rückgängig gemacht worden ist. Es wäre b^ätrüblich in Deutschland, wenn jeder US-Sergeant in seinem Bereich ein so heikles Problem, wie es die Wiederbewaffnung der Deutschen ist, auf eigene Faust lösen wollte.

- - -

Tarifikündigungen in Watenstedt-Salzgitter.

sp. Die Industrie-Gewerkschaft Metall hat die im Watenstedt-Salzgittergebiet bestehenden Werkstarife sämtlich aufgekündigt, um sie den in Hannover neu ausgehandelten Tarifen für das Metallgewerbe anzuschliessen. Es handelt sich dabei nicht um grundsätzliche Lohnerhöhungen, die angestrebt werden, man bezweckt vielmehr, die bisherige Zersplitterung auf dem Tarifgebiet durch eine einheitliche Tarifgestaltung zu beseitigen. Dass der gegenwärtige Preisauftrieb und die Steigerung der Lebenshaltungskosten bei den Verhandlungen eine wesentliche Rolle spielen, ist erklärlich. Im Rahmen der bereits vom DGB-Vorstand angekündigten Lohnangleichung an den gegenwärtigen Preisauftrieb wird die Industrie-Gewerkschaft Metall auch die im Bezirk Hannover laufenden Tarife für das Bau-Nebengewerbe aufkündigen. In beiden Fällen ist mit einer Steigerung des Einkommens der Arbeiter zu rechnen.

- - -